

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 68 (1974)
Heft: 3

Artikel: Sicherung des Friedens durch Abrüstung? (Fortsetzung und Schluss). III., Das Wesen der Abrüstung ; IV., Voraussetzung der Abrüstung ; V., Die Abrüstungsfrage ist eine Vertrauensfrage ; VI., Vertrauen durch geschichtliche Entwicklung

Autor: Braunschweig, Hansjörg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142345>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sicherung des Friedens durch Abrüstung?

(Fortsetzung und Schluß)

III. Das Wesen der Abrüstung

1. Wenn wir von Abrüstung sprechen, denken wir in erster Linie an Beziehungen und Verhandlungen zwischen Ost und West oder genauer ausgedrückt, zwischen den USA und Europa einerseits und der Sowjetunion und China andererseits, wobei bekannt ist, daß auf der westlichen Seite Frankreich und auf der östlichen Seite China sich nicht oder nur mit äußerster Zurückhaltung an Abrüstungsverhandlungen beteiligen. Die Problematik zwischen den USA und Europa hat heute und wahrscheinlich auch für die nächste Zukunft andere Schwerpunkte, zu denen die Abrüstung nicht gehört. Leider gilt dies auch für das Verhältnis zwischen Sowjetunion und China, deren Konflikt nach meiner Auffassung im gegenwärtigen Zeitpunkt tiefer ist als derjenige zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten. Wenn es eine Weltkriegsgefahr gibt, dann sehe ich den Ursprung zwischen diesen beiden östlichen Staaten. Ich weiß, daß berufene Kenner der dortigen Beziehungen andere Auffassungen vertreten und behaupten, dieser Konflikt werde bewußt zum eigenen Nutzen hochgespielt. Diese Auffassung ist nicht ganz von der Hand zu weisen, aber ich kann den ihr zugrunde liegenden Optimismus nicht teilen. Daß Abrüstungsverhandlungen zwischen der Sowjetunion und China noch schwieriger als diejenigen zwischen Ost und West sind, ist unbestritten. Trotzdem glaube ich, daß dieser Graben kein Argument darstellt, das die Ablehnung von Abrüstungsverhandlungen rechtfertigt.

Das Verhältnis der industrialisierten zur Dritten Welt in bezug auf Abrüstung ist durch zusätzliche psychologische Probleme belastet, indem die Angehörigen der Dritten Welt über ihre Armee und ihre Verteidigungsbereitschaft versuchen, sich selbst zu verwirklichen. Bei uns pflegt man dies häufig und recht aggressiv zu kritisieren, ohne zu berücksichtigen, woher die Dritte Welt ihre Vorbilder bezogen hat. Mir scheint, daß das Abrüstungsproblem zwischen der industrialisierten und der Dritten Welt nicht ein vordringliches Problem ist. In dieser Beziehung geht es um wirtschaftliche und soziale Entwicklungen. Erst wenn diese in Gang kommen und vorangetrieben werden können, wird auch die Frage der Abrüstung, respektive der Rüstungsbeschränkung, aktuell.

2. Abrüstung ist ein Stück Wagnispolitik. Wer zur Wagnispolitik zum vornherein und in jedem Fall Nein sagt, für den fällt auch Abrüstung außer Betracht. So wie die Abrüstung für zahlreiche Schweizer schon längst aus ihrem Vokabularium herausgestrichen worden ist.

3. Abrüstung allein bedeutet noch lange nicht Frieden. Abrüstung kann im besten Fall eine Etappe auf dem Wege, der Friede ist, oder eine Voraussetzung des Friedens darstellen. Abrüstung sagt ja in der Regel nichts aus über Freiheit, Gerechtigkeit oder Brüderlichkeit. Andererseits ist Friede ohne Abrüstung nicht denkbar. Friede ohne Abrüstung befindet sich in der Nähe des Gleichgewichts des Schreckens. Philip J. Noel-Baker sagte in seiner bereits erwähnten Rede: «Selbstverständlich ist die Abrüstung keine Politik an und für sich; sie ist ein Teil der allgemeinen Politik der UNO, aber sie ist ein lebenswichtiger Teil davon, und ohne sie könnten die UNO-Institutionen niemals so funktionieren, wie sie sollen.» Dazu Frau Dr. Elisabeth Rotten, die bekannte schweizerische Friedenspädagogin, die vor wenigen Jahren gestorben ist: «Auch durch Abschaffung von Waffengewalt sind die Konflikte, die bisher zu Kriegen geführt haben, nicht gelöst. Aber es besteht dann ein wohlthätiger Zwang, sie mit anderen Mitteln zu schlichten.»

4. Abrüstung als Friedensfrage darf nie isoliert gesehen werden. Abrüstung steht mit anderen Fragen, die ebenfalls eine Voraussetzung für den Frieden enthalten, in einer Wechselbeziehung. Oder anders ausgedrückt: Abrüstung ist eine Voraussetzung für den Frieden und bedingt die Erfüllung bestimmter Voraussetzungen.

IV. Voraussetzung der Abrüstung

1. Akute Konflikte müssen zwischen den Abrüstungspartnern gelöst sein oder im Begriffe stehen, gelöst zu werden. Solange heiße Konflikte ungelöst im Raume stehen und überhaupt nicht angegangen werden, ist Abrüstung so gut wie undenkbar. Wechselwirkungsweise können diese Voraussetzungen eher erfüllt werden, wenn bereits ein erster Schritt zur Abrüstung getan ist. Die Gegenüberstellung von Abrüstung und zahlreichen anderen Friedensbestrebungen ergibt eine weitere Konsequenz. Abrüstung ist ein negativer Ausdruck. Er sagt, daß nichts mehr ist, wo etwas war. Es entsteht eine Leere. Diese Lücke muß immer und sofort wechselwirkungsweise ausgefüllt werden. In manchen Fällen ist es denkbar, daß eine neue Form internationaler Solidarität entsteht, die die Rüstung verdrängt, so wie einst in den mittelalterlichen Städten die Mauern niedergerissen worden waren, als sie von der Technik überholt waren. Wenn wir allerdings die Abrüstung erst dann anstreben oder in Kauf nehmen, wenn die Rüstung überholt ist, leisten wir keinen Beitrag in Richtung Frieden, wir verändern nichts, sondern nehmen bloß eine Veränderung zur Kenntnis.

2. Die Abrüstungspartner müssen gegenseitig internationale Fach- und politische Organe sowie gerichtliche oder schiedsgerichtliche Instan-

zen anerkennen, um bestehende oder neue Konflikte zu beheben. Die Bereitschaft muß vorhanden sein, eigene Kompetenzen zugunsten dieser internationalen Organe abzutreten. Im Hintergrund steht ein Verzicht auf die staatliche Souveränität. Diese Forderung ist in einem nationalstaatlichen oder sogar nationalistischen Zeitalter außerordentlich hoch. Für uns Schweizer ist es bei dieser Gelegenheit oft naheliegend, auf die Weltmächte zu zeigen oder auf unser Nachbarland Frankreich. Wichtiger wäre es, wenn wir unser eigenes Problem, nämlich den Beitritt der Schweiz zur UNO, etwas energischer in die Hand nehmen würden.

3. Die Einsicht auf allen Seiten muß weiter wachsen, daß durch internationale Waffengewalt keine Probleme auf lange Sicht gelöst werden können. Diese Einsicht kann durch eine bestimmte ethische Grundhaltung oder durch einen wirtschaftlichen Engpaß bestimmt sein. Ganz am Rande und mit Bedenken möchte ich auch die Angst vor der Waffenentwicklung bis hin zu den Waffenvernichtungsmitteln als Triebkraft erwähnen, die zwar als politische Grundhaltung nicht maßgebend sein darf, aber in bestimmten geschichtlichen Phasen nicht ignoriert werden kann.

Es sei nochmals Philip J. Noel-Baker zitiert: «Es hat keinen Sinn über Abrüstung zu sprechen, außer wenn man glaubt, daß der Krieg, jede Art von Krieg, abgeschafft werden kann. Die westlichen Regierungen haben eben dies in der UNO-Kommission von 1952 erklärt: 'Das Ziel der Abrüstung ist nicht die Regulierung sondern die Verhinderung des Krieges, in dem man den Krieg der Natur der Sache nach, wie er es bereits konstitutionell unter der Charta ist, als ein Mittel zur Lösung von Streitigkeiten zwischen Nationen unmöglich macht'.»

«Lassen Sie mich damit beginnen zu erklären, daß ich zutiefst davon überzeugt bin, Abrüstung ist nicht utopisch; mehr noch, Abrüstung ist heute die einzige realistische Politik. Die Utopisten sind diejenigen, die noch immer glauben, daß Rüstungen Sicherheit gewähren können, die noch immer glauben, daß Ruhm und Größe sich mit militärischen Machtmitteln gewinnen lassen, die noch immer glauben, Demokratie und Freiheit und die sittlichen Werte des Westens könnten aus der radioaktiven Asche eines atomaren Weltkrieges neu erstehen. Die Realisten sind diejenigen, die erkannt haben, daß es keine Verteidigung gibt gegen Kernwaffen, gegen Atombomben, gegen Wasserstoffbomben, gegen Giftgase, gegen biologische Waffen, und die zu der einzigen rationalen Schlußfolgerung gelangt sind: allgemeine Abrüstung unter internationaler Kontrolle ist heute die einzige wirkliche nationale Verteidigung.» (Aus einer Rede Philip Noel-Bakers «Ist Abrüstung heute noch eine Utopie?». München 1961.)

Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungspolitik fordern mehr: Die Reichen müssen ein Stücklein Macht abtreten an jene, die weniger Macht haben.

5. Jede Bestrebung und jede Organisation, die mithilft, hüben oder drüben, der Freiheit an einem kleinen oder an einem großen Ort zum Durchbruch zu verhelfen, erfüllt eine notwendige Funktion, die die Abrüstung ergänzen muß. Ich denke dabei, um nur zwei Beispiele zu erwähnen, an den Weltkirchenrat oder an Amnesty International.

6. Abrüstung ist in vielen Fällen mit wirtschaftlichen Interessen bzw. wirtschaftlichen Verlusten verknüpft. Der Rüstungswettlauf dient nicht nur dem Schutz des Staates oder des Systems. Er bringt nur beschränkt Beruhigung und noch beschränkter Sicherheit, dagegen Arbeit, Verdienst, durchsichtige und undurchsichtige Gewinne. Solange wir einem System verhaftet sind, in dem Gewinne mit der Aufrüstung verknüpft sind, ist es um die Abrüstung schlecht bestellt. Wir können mit guten Gründen auf die wirtschaftlichen Interessen anderer Kleinstaaten, Mittel- und Weltmächte verweisen, mit noch besseren Gründen fragen wir nach dem Verhältnis zwischen Gewinn und Aufrüstung in unserem eigenen Lande. Diese Frage spielte vor Jahresfrist, anlässlich der Volksabstimmung über eine Waffenausfuhrbeschränkung eine entscheidende Rolle. Immer wieder wurde auf diese wirtschaftlichen Momente hingewiesen und gesagt, daß wir zu einem Waffenausfuhrverbot aus wirtschaftlichen Gründen nicht Ja sagen können. Kurz vor dem Abstimmungstag hatte eine bekannte Firma, die selber Kriegsmaterial herstellt und deswegen ins Kreuzfeuer geraten war, mit ganzseitigen Inseraten gegen eine weitere Beschränkung der Kriegsmaterialausfuhr Stellung genommen. An diesem Beispiel wurde auch in dem Kleinstaat Schweiz der militärisch industrielle Komplex sichtbar. Wenn wir annehmen, daß es sich dabei nur um die Spitze eines Eisberges handelt, müssen wir schließen, daß dieser Komplex siebenmal größer ist als wir bisher angenommen haben. Mir scheint es, daß diese Problematik transparent, das heißt für jedermann sichtbar gemacht werden muß. Das ist ein erster Schritt. Der zweite Schritt dürfte eine strukturelle Veränderung sein, die sich folgerichtig daraus ergibt, und die wesentliche Voraussetzung einer schweizerischen Rüstungsbeschränkung sein dürfte.

Wie das militärische Denken, wenn es nicht dem Politischen untergeordnet oder im Gleichgewicht gehalten wird, in der Gefahr steht, eine Eigengesetzlichkeit zu entwickeln, den Menschen und den politischen Organen zu entgleiten, entwickelt auch Rüstung eine Dynamik, die sich nach eigenen Gesetzen fortbewegt. Abrüstung ist nur dann möglich, wenn diese Eigengesetzlichkeit unterbrochen oder eingeschränkt werden kann.

V. Die Abrüstungsfrage ist eine Vertrauensfrage

Ein minimales gegenseitiges Vertrauen zwischen den Abrüstungspartnern muß mindestens potentiell vorhanden sein. Wir wissen alle, daß

dies nicht der Fall ist. Weder zwischen Ost und West noch zwischen Nord und Süd, noch zwischen Weißen und Schwarzen, noch zwischen Arabern und Israelis. Wir könnten uns mit dieser Feststellung begnügen und die Abrüstung aus Abschied und Traktanden fallen lassen. Demgegenüber meine ich, daß Vertrauen nicht einfach eine gegebene oder nicht gegebene Größe ist. An Vertrauen kann gearbeitet werden, so wie auch Mißtrauen gemacht werden kann. Es könnten sich die nachfolgenden Überlegungen und Postulate aufdrängen:

- a) Wir sollten Fragen und Probleme der anderen ernst nehmen und sie nicht zum vornherein als Propaganda und Einschläferungsschlagworte abtun. Wenn die Sowjetunion beispielsweise unserer Frage nach der individuellen Freiheit für abweichende Intellektuelle den Hinweis auf die Arbeitslosigkeit im Westen, auf die Stellung ausländischer Arbeitnehmer, auf die Bildungsdemokratie entgegenstellt, sollten wir nicht auskneifen, sondern sehen, in welcher Weise ein echter Dialog zustande kommen könnte, der auch für uns fruchtbar sein wird. Wenn aus der Dritten Welt immer wieder undifferenzierte Rufe gegen Rassismus, gegen Kolonialismus und Imperialismus laut werden, sollten wir daran denken, daß diese Rufer von ihren Schlagworten ebenso überzeugt sind, wie viele von uns während des Kalten Krieges vom Antikommunismus überzeugt waren.
- b) Gleichzeitig sollten wir bereit sein, unsere eigenen Einrichtungen, inklusive unsere Armee, zu überdenken, zu überprüfen und in Frage zu stellen. Wir verlangen von den anderen dasselbe ja auch.
- c) Vertrauen kann geschaffen werden durch die Ausgestaltung mitmenschlicher Beziehungen. Heute beinahe eine Selbstverständlichkeit, aber vor wenigen Jahren war jeder anrücklich und wurde rechtsstaatswidrig von der Polizei kontrolliert, der ein kommunistisch regiertes Land besuchte. Dabei müssen wir vor allem den Dialog mit jenen suchen, die uns fernster stehen. Also in erster Linie nicht mit den Vereinigten Staaten, sondern mit China, nicht mit Westeuropa, sondern mit der Sowjetunion, nicht mit der Bundesrepublik, sondern mit der Deutschen Demokratischen Republik, nicht mit Israel, sondern mit den arabischen Staaten, nicht mit Südafrika, sondern mit den afrikanischen Befreiungsbewegungen. Diese Kontakte, das soll nicht verschwiegen werden, können auch nachteilige Wirkungen haben. Indem wir beispielsweise einem Regime eine Unterstützung verleihen, die wir ihm gar nicht verleihen wollen. Wahrscheinlich müssen wir in vielen Fällen diesen Preis für den beginnenden Dialog in Kauf nehmen.
- d) Für die Abrüstung müssen wir noch andere Preise bezahlen: Da das Vertrauen nur bruchstückweise aufgebaut werden kann, kann

auf die Aufrüstung auch nur stückweise verzichtet werden. Vorübergehend scheinen mir Postulate wie zweiseitige Abrüstung, kontrollierte Abrüstung, Rüstungsbeschränkung, Rüstungskontrolle oder vorübergehend Anerkennung von Einflußzonen oder Beschränkung auf Kriegslinderung im Sinne des Roten Kreuzes anstelle der Kriegsverhütung berechtigt. Fragwürdig werden diese Teilaspekte der Abrüstung, wenn es bei den Teilaspekten bleibt, das Ziel der Abrüstung verlorengelht und sie zur Zementierung der bestehenden Aufrüstung beitragen.

VI. Vertrauen durch geschichtliche Entwicklung

Vertrauen als Voraussetzung der Abrüstung soll nicht nur auf eine weltanschauliche oder persönliche Überzeugung abgestützt werden, sondern darf auch durch eine geschichtliche Entwicklung in objektiver Weise fundiert werden. Allerdings muß ohne weiteres zugegeben werden, daß die Bewertung der geschichtlichen Erfahrung verschiedenartig erfolgen kann. Durch die immense technische Entwicklung, deren Zeuge wir alle tagtäglich sind, wird die Erde immer kleiner, das heißt die Distanzen können gefahrloser und in kürzerer Zeit überwunden werden. Die modernen Kommunikationsmittel ermöglichen eine umfassende und detaillierte Information. Daran ändert auch die Tendenz nichts, diese Information in Einzelfällen immer wieder zurückzuhalten oder zu verfälschen. Mich beeindruckte seinerzeit die Aussage eines Redaktors in Wetzikon, daß die Ermordung des Senators Robert Kennedy innert fünf Minuten in der Redaktionsstube in Wetzikon bekannt war.

Alle diese Formen von Kommunikation haben aber auch eine Beeinflussung zur Folge, die oft zu unerwünschter Gleichschaltung führt. Ich erinnere an die Flughäfen in aller Welt, die sich einander gleichen wie ein Ei dem andern. Mindestens in Europa und in den Vereinigten Staaten findet eine überraschende Angleichung des Lebensstandards statt und es scheint, daß Kräfte im Osten und in der Dritten Welt überwiegen, die diesen gleichen Lebensstandard anstreben.

Zahlreiche Probleme, die uns jeden Tag beschäftigen, sind nicht nur unsere Probleme, sondern Probleme aller Staaten und aller Erdteile. Ich denke an Währungsfragen, an Fragen des internationalen Handels, der Wissenschaft, im gegenwärtigen Zeitpunkt müßte man die Energiekrise nennen, für die industriellen Staaten den Umweltschutz. Jeder wesentliche Konflikt hat die Tendenz, sich weltweit wellenartig auszudehnen. Gerade der Krieg und die Konfliktsituation im Nahen Osten sind dafür ein sprechendes Beispiel. Die Verflechtung der Wirtschaft und der Finanzen, über alle Grenzen hinweg, nimmt zu. Seit Monaten liest man immer häufiger von den multinationalen Gesell-

schaften, um ein einziges Beispiel herauszugreifen, das besonders sichtbar geworden ist. Dieser gleiche Prozeß spielt sich aber auch im Bereich der Staaten und der internationalen Organisationen ab. Ganz zaghaft wurde zu Beginn des letzten Jahrhunderts, im Jahre 1803, als eine der ersten internationalen Organisationen, die Rheinschiffahrt-Kommission in Europa gebildet. Dieser Gründung folgten im Verlaufe des Jahrhunderts zahlreiche weitere internationale Organisationen, die sich aus dem Wesen der Kommunikationsmittel und der Wirtschaft, der Menschlichkeit und der Konflikte herausbildeten. Ich denke an die Organisationen von Post, Telefon und Telegraf, das Sklavenabkommen, das Zuckerabkommen, zahlreiche schiedsgerichtliche Instanzen bis hin zum Internationalen Gerichtshof in Den Haag. Ein erster weltweiter Zusammenschluß war der Völkerbund nach dem Ersten Weltkrieg. An dieser geschichtlichen Entwicklung kann auch sein Scheitern nichts ändern. Folgerichtig und unbestritten entstanden nach dem Zweiten Weltkrieg die Vereinten Nationen. Niemand dachte in der Welt, daß man auf diese Organisation verzichten könnte. Bis heute hat die UNO alle Krisen überstanden. Trotz schweren Machtkämpfen haben nur zwei bis drei Austritte stattgefunden. Über die Nichtmitgliedschaft eines einzigen konservativen Kleinstaates im Herzen Europas schweigt des Sängers Höflichkeit! Was würde bei einem Zusammenbruch der UNO geschehen? Es braucht keinen Propheten, um voraussagen zu können, daß eine neue Organisation entstehen würde, die vielleicht wirkungsvoller organisiert wäre. Schicksalhaft und durch Entwicklungszwänge sind wir auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden. Diese geschichtliche Entwicklung ging an den Menschen nicht spurlos vorüber. Sie sind durch sie in starkem Maße geprägt, in dem Ansätze eines gemeinsamen Bewußtseins immer deutlicher werden. Das Gefühl, in e i n e m Boot zu sitzen und gemeinsam gemeinsamen Drohungen ausgesetzt zu sein, wird immer verbreiteter und tiefer. Viele unserer Auseinandersetzungen und unserer Ängste haben weltweiten Charakter. Ich denke an die Bedrohung durch die Massenvernichtungsmittel. Vielleicht wird die Geschichte einmal den Massenvernichtungsmitteln und jenen, die sie geschaffen und für sie eingetreten sind, das Verdienst zuschreiben, daß die Abwehr gegen sie ein entscheidender Beitrag zur gemeinsamen weltweiten Bewußtseinsbildung war. Ebensogut könnte man auch die Auseinandersetzung des Kalten Krieges zwischen einem nach Hegemonie strebenden Kommunismus und einem wirtschaftlichen Imperialismus nennen oder den weltweiten Aspekt der Rassenfrage oder das noch schwierigere Hungerproblem. Geschichtlich könnte man diese Entwicklung mit dem Werden des Römischen Reiches vergleichen, aber dieses umfaßte vor zweitausend Jahren nur Europa, Nordafrika und den Nahen Osten. Deshalb darf die heutige technische, wirtschaftliche und politische Weltorgani-

sation als neu und erstmalig bezeichnet werden. Und in dieser neuen Situation stellt sich auch die Frage nach der Abrüstung neu. Wer ohne neue Prüfung die Abrüstung für unmöglich hält, denkt nicht geschichtlich und vergleicht Dinge miteinander, die nicht miteinander verglichen werden können.

Hansjörg Braunschweig

Apartheid in Südafrika gelockert?

In der von 23 Millionen Menschen bewohnten, durch eine Minderheit von 4 Millionen Weißen regierten Republik Südafrika, scheint einiges in Fluß geraten zu sein. Die überraschende Kunde von der Einladung Premierministers Vorster an die neun schwarzen Führer der «Heimatländer» zu einem Gespräch am «Runden Tisch» ist ein Novum. Ob dadurch eine Entschärfung der gespannten Lage zustande kommen wird, bleibt abzuwarten. Der zu Beginn dieses Jahres in Natal durchgeführte viertägige Ausstand von zehntausend Schwarzen in zehn Fabriken zeigt, daß die im vergangenen Jahr durch zahlreiche Streiks erzwungenen Zugeständnisse für bessere Löhne, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und Ausbildungsmöglichkeiten nicht befriedigen.

Es ist nicht zu bestreiten, daß im Bereich der sogenannten «Kleinen Apartheid» ein zunehmender Abbau der Rassentrennung vor sich geht. So verschwinden in letzter Zeit die Anschriften «Nur für Weiße» bei getrennten Eingängen, Aufzügen, Sitzgelegenheiten, Toiletten. In Privatkliniken versorgen nun auch schwarze Krankenschwestern weiße Patienten, und bei privaten Einladungen werden schwarze Gäste zugelassen. Neu ist auch, daß Schwarzafrikaner, Mischlinge und Inder an Kongressen der oppositionellen Parteien, der «United Party» (Vereinigte Partei) und «Progressive Party» (Progressive Partei), das Wort ergreifen. Die Anliegen der nicht-weißen Rassen werden auch oft und mutig durch die englischsprachigen Zeitungen «The Johannesburg Star» und «Rand Daily Mail» vertreten.

Die meistens durch wirtschaftliche Bedürfnisse entstandene Lockerung der Rassentrennungspolitik kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Regierung der seit fünfundzwanzig Jahren herrschenden «Nationalistischen Partei», an ihrer traditionellen Regierungspraxis festhält. Mit harter Hand ist sie gegen jede der Apartheid-Politik gegenüber kritische Stimme vorgegangen. So hat sie beispielsweise acht Studenten des Verbandes der englischsprechenden Studenten, der für Zusammenarbeit mit schwarzen Studenten eintritt, mit Hausarrest belegt; andern wurden die Pässe abgenommen. Die nicht nachlassenden Angriffe auf das «Christliche Institut von Südafrika», in dem sich